

Die Antwort der Bischöfe der Philippinen auf den Gesetzentwurf zum Thema „Verantwortete Elternschaft und gesunde Fortpflanzung“: Wahrnehmung und Realitäten

Eric Marcelo O. Genilo

Die philippinischen Bischöfe hatten gegen ein vor Kurzem erlassenes Gesetz über gesunde Fortpflanzung heftigen Einspruch erhoben. Die führenden Kirchenmänner waren von den Medien während der Debatte über die Gesetzesvorlage als unbeugsam starr und unvernünftig dargestellt worden. Eine nähere Prüfung vermittelt jedoch das Bild einer viel komplexeren Wirklichkeit. Es war ein dynamisches Wechselspiel verschiedener Faktoren, das dazu führte, dass die Bischöfe sich gegen die Vorlage wandten. Als sie in ihrer Kampagne gegen die Gesetzesvorlage an die Öffentlichkeit gingen, wählten sie auch eine Reihe von pastoralen Ansätzen. Dieser Essay stellt die Faktoren und Ansätze vor, die hier im Spiel sind, um ein besseres Verständnis der Rolle der Bischöfe in dieser Debatte zu ermöglichen.

Im Jahr 2012 erlangte der Gesetzentwurf über „Verantwortete Elternschaft und gesunde Fortpflanzung“ (*Responsible Parenthood and Reproductive Health Act*) durch die Unterschrift von Präsident Benigno Aquino II. nach einem langen und konfliktreichen Gesetzgebungsprozess Rechtskraft. Die Befürworter des Entwurfs vertraten die Überzeugung, dass dieses Gesetz die Sterblichkeitsraten von Müttern und Kindern vermindern werde, dass es die Gesundheitsfürsorge für Frauen und Kinder verbessern und allgemeinen Zugang zu modernen und sicheren Formen der Familienplanung sichern werde. Ungeachtet dieser Behauptungen hatte sich die katholische Hierarchie hart gegen die Annahme der Gesetzesvorlage [im englischen Original: *Reproductive Health Bill*] gewandt. Die führenden Kirchenmänner behaupteten, das Gesetz werde die Gewissensfreiheit katholischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheitswesen verletzen, eine Mentalität der Tendenz zur Empfängnisverhütung fördern und Formen von Familienplanung durch Abtreibung ermöglichen. Obwohl Mittel zur Empfängnisverhütung auf den Philippinen bereits legalisiert und weithin allgemein erhältlich

waren, glaubten die Bischöfe, das neue Gesetz würde Eheleute stark dazu verleiten, künstliche Mittel zur Familienplanung zu benutzen, welche die Kirche als in sich schlecht betrachtete.

Während der öffentlichen Debatten über die Gesetzesvorlage war die Katholische Bischofskonferenz der Philippinen von den Medien kritisiert worden, weil sie in ihren Versuchen, die Annahme der Vorlage zu verhindern, unnachgiebig und unvernünftig sei. Eine sorgfältige Analyse der die Kirche betreffenden dynamischen Wechselwirkungen von Einflüssen und Voraussetzungen dieser Debatte bietet ein komplexeres Bild. Dieser Artikel will einige dieser Einflüsse und Voraussetzungen vorstellen und diskutieren, um ein besseres Verständnis der Gründe zu ermöglichen, die sowohl hinter der Reaktion der Bischöfe auf die Gesetzesvorlage als auch hinter der Art und Weise, wie die Kirche während dieser Debatte wahrgenommen wurde, wirksam waren.

Misstrauen gegenüber den bevölkerungspolitischen Programmen der Regierung

Ein wichtiger Faktor, der zum Widerstand der katholischen Hierarchie gegen das geplante Gesetz beitrug, ist ihr tiefgründiges Misstrauen gegenüber den bevölkerungspolitischen Programmen der Regierung. Die Kirchenleitung hatte eine lange Geschichte des Widerstands gegen aggressive Methoden der Regierung zur Verringerung der Bevölkerungszahlen hinter sich, vor allem in der Zeit der Regierung Marcos'.¹ Damalige und auch schon früher verfolgte Praktiken des von der Regierung angestellten Personals im Gesundheitswesen, auf arme Familien Druck auszuüben, sich für Empfängnisverhütung oder Sterilisierung zu entscheiden, hatten die Bischöfe gegenüber dem geplanten Gesetz misstrauisch gemacht. Selbst als die Regierung erklärte, der Hauptzweck des Gesetzes sei die Verbesserung der gesunden Fortpflanzung, lasen die Bischöfe eine verschleierte Absicht der Bevölkerungskontrolle in das Gesetz hinein. Da half es auch nichts, dass in einer früheren Version der Gesetzesvorlage eine Zielvorgabe enthalten war, die von einer idealen Familiengröße mit zwei Kindern sprach. Da es sich bei dieser Zielvorgabe um eine bloße Empfehlung ohne alle rechtliche Verbindlichkeit handelte, war damit für die Bischöfe eine rote Flagge gehisst, die sie an die Ein-Kind-Politik Chinas erinnerte. Diese von Misstrauen bestimmte Einstellung kann zum Teil erklären, warum die Philippinische Bischofskonferenz sich entschloss, die Gesetzesvorlage insgesamt abzulehnen, statt Verbesserungen gewisser Bestimmungen vorzuschlagen. Die Bischöfe glaubten, das Gesetz könne von der Regierung schließlich dazu verwendet werden, in Zukunft drastische Maßnahmen zur Kontrolle der Bevölkerungszahl durchzusetzen.

Struktur und Eigenart der Philippinischen Bischofskonferenz

In den Medien und in der überwiegenden Mehrheit der Öffentlichkeit herrscht der Eindruck, dass die Philippinische Bischofskonferenz eine monolithische Organisation sei. Dies ist der Grund, warum Stellungnahmen eines einzelnen Bischofs oft so aufgenommen werden, als verträten sie die Einstellung der gesamten Führungsschicht der Kirche. Obwohl die Bischofskonferenz offizielle Stellungnahmen veröffentlicht, die allgemeine Positionen und Normen aufzeigen, nehmen einzelne Bischöfe sich die Freiheit, nach eigenem Ermessen zu entscheiden, wie sie bei der praktischen Anwendung dieser Positionen und Normen in ihren eigenen Diözesen verfahren. Wie die einzelnen Bischöfe das, was sie in der Bischofskonferenz beschlossen haben, persönlich weitergeben und am jeweiligen Ort anwenden, kann vielfältig verschiedene Formen annehmen. Weder die Bischofskonferenz noch ein einzelner Bischof kann einem Mitbischof diktieren, was er in seiner Diözese zu tun hat oder wie er öffentlich zu sprechen hat. Es war in der Philippinischen Bischofskonferenz nicht üblich, Bischöfe, die unkluge öffentliche Erklärungen abgaben, abzumahnern oder gegen sie einzuschreiten. Einige Mitglieder der Kirchenleitung haben in aller Entschiedenheit ihre Einwände gegen die Gesetzesvorlage geäußert und deren Befürworter öffentlich angegriffen. Die meisten Bischöfe haben jedoch einen auf Konfrontation gestimmten Ton vermieden. Ein bemerkenswertes Beispiel für Zurückhaltung und Mäßigung hat der Erzbischof von Manila, Kardinal Luis Antonio Tagle, gegeben. Er sprach immer nur von religiösen und menschlichen Werten, die zur Achtung vor dem menschlichen Leben auffordern, ohne dabei die Gesetzesvorlage und ihre Befürworter direkt zu kritisieren.

Einzelne Bischöfe wählten unterschiedliche Ansätze in der Art und Weise, wie sie sich mit der Gesetzesvorlage befassten. Während einige Bischöfe viel Zeit aufwandten, um gegen die Befürwortung der Empfängnisverhütung in der Vorlage zu sprechen, so entschloss sich Antonio Ledesma, Erzbischof von Cagan de Oro, aktiv für die natürliche Familienplanung als Alternative zur Verwendung von Kontrazeptiva zu werben. Einige Bischöfe entschlossen sich, während der Vorbereitung der allgemeinen Wahlen im Jahr 2013 politisch tätig zu werden, indem sie Listen von Kandidaten veröffentlichten, die entweder Befürworter oder Gegner des Gesetzes waren. Erzbischof Jose Palma von Cebu wies seine Priester an, die Kanzel nicht dazu zu gebrauchen, eine Kampagne gegen die Kandidaten zu schüren, die für das Gesetz eintraten.² Während eine Anzahl von Bischöfen eine Bewegung unterstützten, die „katholische Stimmen“ organisierten, um alle Kandidaten, die für das Gesetz eintraten, zu „bestrafen“, fand der Aufruf, „katholisch zu stimmen“, bei anderen Bischöfen keine Zustimmung.

Obwohl die Philippinische Bischofskonferenz jeden formellen Dialog mit den an der Formulierung des Gesetzes beteiligten Politikern ablehnte, der dazu dienen sollte, mögliche Änderungen des Textes zu diskutieren, unterstützten einige Bischöfe „hinter den Kulissen“ geführte Gespräche mit diesen Politikern, bei

denen ernste Bedenken gegenüber Bestimmungen des Gesetzes angesprochen werden sollten, z.B. bezüglich der Verwendung von Intrauterinpressaren, der Sexualerziehung und der Rechte katholischer Angestellter im Gesundheitswesen auf Verweigerung der Mitarbeit aus Gewissensgründen. Diese informellen Gespräche führten tatsächlich zu einigen Änderungen in der Endfassung des Gesetzes.

Die Ablehnung des neuen Gesetzes durch die Philippinische Bischofskonferenz und die Versuche einzelner Bischöfe, seine schädlichen Auswirkungen zu vermindern und die Gräben aufreißende Atmosphäre der Debatte zu mildern, boten das Bild eines Episkopats, der auf unterschiedlichen Ebenen agiert und so einen großen Spielraum bietet für unterschiedliche Weisen des Vorgehens, abhängig von der persönlichen Einstellung und dem pastoralen Urteil jedes einzelnen Bischofs.

Der Einfluss konservativer Katholiken

Ein anderer Faktor, der die Reaktion der Kirche auf die neue Gesetzesvorlage beeinflusst hat, ist die Bemühung von Klerikern und Laien, die in Lehrfragen konservativ eingestellt sind, entweder als einzelne oder als organisierte Gruppen führende Männer der Kirche in Schlüsselstellungen davon zu überzeugen, dass sie die Vorlage in aller Härte bekämpfen müssten. Diese Konservativen verstanden die Debatte über die Gesetzesvorlage als einen Kampf des Guten gegen das Böse, des göttlichen Gesetzes gegen menschliches Gesetz, der Kultur des Lebens gegen die Kultur des Todes. Sie verkürzten die Diskussion über die Gesetzesvorlage vielfach auf eine Debatte über das einzige Thema der Abtreibung, und sie warfen das Reden über Empfängnisverhütung und das Reden über Abtreibung in einen Topf. So stifteten sie Verwirrung und Angst bei denen, die empfängnisverhütende Mittel gebraucht oder verschrieben hatten. Sie verweigerten jede Verhandlung mit der Regierung und stellten die Rechtgläubigkeit von Bischöfen und Theologen in Frage, die versucht hatten, die Regierung zu Verhandlungen zu bewegen. Sie vertraten eine theokratische Sicht, in der die Regierung die Aufgabe hätte, mit dem Zivilrecht den Rahmen für die Durchsetzung der kirchlichen Lehre zu schaffen. Ihr Hardliner-Ansatz setzte auf Konfrontation. Dabei schreckten sie auch nicht zurück vor Beschimpfung, vor dem Vorwurf, es gebe internationale Verschwörungen gegen Bevölkerungswachstum; öffentliche Gesprächsforen zur Gesetzesvorlage wurden gesprengt; es wurden Strafmaßnahmen gefordert gegen katholische Christen, die für die

Eric Marcelo O. Genilo SJ lehrt als Associate Professor an der Loyola School of Theology in Quezon City (Philippinen) Grundlagen der Moraltheologie, Katholische Soziallehre, Bioethik und Sexualethik. 2001 Lizentiat und 2005 Doktorat an der Weston Jesuit School of Theology in Cambridge, Massachusetts. Veröffentlichung u.a.: *John Cuthbert Ford SJ. Moral Theologian at the End of the Manualist Era* (2007). Anschrift: Loyola House of Studies, P.O. Box 257, U.P. Post office, 1166 Quezon City, Philippinen. E-Mail: egenilo@hotmail.com.

Gesetzesvorlage eintraten. Die Aktionen dieser konservativen Katholiken trugen nicht nur zur Verschärfung der Debatte bei, sondern weckten auch den Eindruck, dass die Kirche wissenschaftsfeindlich, strafwütig, autoritär und theokratisch sei.

Während diese konservativen Gruppen und Einzelkämpfer es fertig brachten, die gegen die Gesetzesvorlage gerichtete Rhetorik einiger Mitglieder der Hierarchie zu beeinflussen, hatten ihre Aktionen nur beschränkte Auswirkung auf die katholische Gemeinschaft als ganze und auf die Bevölkerung im Allgemeinen. Eine im Jahr 2008 durchgeführte Erhebung zeigte, dass 71 Prozent der philippinischen Katholiken den Erlass des neuen Gesetzes befürworteten.³ Eine ähnliche Erhebung, die im Jahr 2011 durchgeführt wurde, ergab, dass 69 Prozent der philippinischen Staatsbürger der Gesetzesvorlage zustimmten.⁴ Bemerkenswert ist auch, dass es ungeachtet der Bemühungen dieser Konservativen, die Kirche zu drängen, eine Hardliner-Position zu beziehen, gemäßigten Bischöfen gelang, deren Einfluss zu entkräften. Ein einschlägiges Beispiel dafür ist, wie die katholische Kirchenleitung in einem Fall von öffentlichem Dissens reagierte. Im Jahr 2008 veröffentlichten vierzehn Mitglieder des Ateneo de Manila, einer katholischen Universität, die Stellungnahme *Catholics Can Support the RH Bill in Good Conscience*⁵ [„Katholiken können die Gesetzesvorlage zur Fortpflanzungsgesundheit guten Gewissens unterstützen“]. Sie zitierten Texte der katholischen Soziallehre wie z.B. zur vorrangigen Option für die Armen, zum Schutz der Menschenrechte, zur Förderung der ganzheitlichen menschlichen Entwicklung und zur Gewissensfreiheit, um daraus den Schluss zu ziehen, dass die Gesetzesvorlage im Einklang mit dem Gemeinwohl stehe. Die Professoren drängten die Bischöfe, die Gewissensentscheidung von Eheleuten, die künstliche Mittel zur Familienplanung benutzen, zu respektieren. Einige Konservative äußerten Zweifel, ob Pädagogen, die der Position der Katholischen Bischofskonferenz der Philippinen nicht zustimmen, erlaubt werden könne, an einer katholischen Universität zu lehren. Sie forderten, die Professoren sollten ihre Stellung freiwillig aufgeben, oder ihr Lehrauftrag sollte ihnen entzogen werden. Ungeachtet der durch die Stellungnahme und die Forderung nach Sanktionen verursachten Kontroverse unternahmen weder die Bischofskonferenz noch der zuständige Ortsbischof etwas gegen die Professoren.

Der Einfluss der Presse und anderer Medien

Eine übliche Praxis vieler Journalisten während der Debatte über die Gesetzesvorlage war es, persönliche Meinungsäußerungen oder Stellungnahmen einzelner Priester oder Bischöfe der gesamten katholischen Hierarchie zuzuschreiben. Die wenigen Bischöfe, die sich lauthals gegen die Gesetzesvorlage äußerten und die vielfach von Konservativen beeinflusst waren, wurden von der Presse öfter zitiert als die Mehrheit der Bischöfe, die sich mit öffentlichen Äußerungen zurückhielten. Dies verleitete die Öffentlichkeit, die Position der Bischöfe, die schärfere

Kritik an der Gesetzesvorlage äußerten, mit der gesamten Hierarchie zu identifizieren. Die Medien neigten dazu, die Kontroverse zu schüren. Ein Beispiel für eine von der Presse verursachte Kontroverse war ein missdeutetes Rundfunkinterview mit dem Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Bischof Nereo Odchimar. Auf die hypothetische Frage, ob Präsident Benigno Aquino exkommuniziert werden könne, wenn er die Verteilung von Kontrazeptiva unterstützte, sagte Odchimar, wenn dies auch möglich sei, so werde dies nicht so bald geschehen; man werde sich aber mit dieser Frage befassen.⁶ Nachrichtenkanäle berichteten später, die Bischöfe drohten dem Präsidenten wegen seines Eintretens für die Gesetzesvorlage bereits die Exkommunikation an. Diese Berichte erregten öffentliche Proteste und harte Kritik an den Bischöfen. Es dauerte einige Tage, bis die Kontroverse beigelegt werden konnte, nachdem die Bischofskonferenz erklärt hatte, es gebe keine gegen den Präsidenten gerichtete Drohung mit Exkommunikation.

Unsachgemäße Publikationen in den sozialen Medien haben auch beigetragen zu einer negativen Wahrnehmung der Reaktion der Kirche auf die Gesetzesvorlage in der Öffentlichkeit. Falsche Berichte oder irrige Stellungnahmen fanatisierter Gegner der Gesetzesvorlage zirkulierten im Internet und wurden in Presseberichten sofort aufgegriffen. Ein Beispiel dafür ist die falsche Darstellung eines in Facebook veröffentlichten Berichtes über eine katholische Pfarrgemeinde, die Befürworter der Gesetzesvorlage vom Kommunionempfang ausgeschlossen habe. Die Bischofskonferenz sah sich gezwungen, mittels einer öffentlichen Erklärung zu dementieren, dass es ein solches Vorgehen gegeben habe.⁷

Schlussbemerkungen

Das der Öffentlichkeit sich bietende Bild einer monolithischen Kirchenleitung entspricht nicht der Wirklichkeit. Hinter der offiziellen Stellungnahme der Bischofskonferenz gegen die Gesetzesvorlage ist eine komplexe Dynamik von Einflüssen und Voraussetzungen wirksam, welche die individuellen und gemeinsamen Reaktionen der Bischöfe mitbestimmen. Der Umgang der Bischöfe mit den Initiatoren der Gesetzesvorlage war sehr unterschiedlich, von direkter Konfrontation bis zu konstruktiven Gesprächen. Die pastoralen Reaktionen waren auch unterschiedlich, von parteiischem politischem Aktivismus bis hin zu aktiver Werbung für natürliche Familienplanung. Die Bischöfe sahen sich einer Gesetzesvorlage gegenüber, die viele unterschiedliche Facetten zeigte, da sie es mit Herausforderungen zu tun hatten, die von vielen Faktoren bestimmt wurden: von der Presse, den sozialen Medien, von konservativen und auf Dissens gestimmten Katholiken und von einer nur lose organisierten Bischofskonferenz. In der Erfüllung ihrer Pflichten als Hirten mussten die Bischöfe sich bei der Frage, wie sie mit der Gesetzesvorlage umgehen sollten, auf ihr persönliches Urteil verlassen und zugleich die Beurteilung durch das Bischofskollegium berücksichtigen. Es bedarf einer sorgfältigen Erwägung der wechselseitig aufeinander wirkenden

Faktoren, welche die Beteiligung der Bischöfe in dieser Debatte beeinflusste, um ein nuancierteres und genaues Bild von der Reaktion der Kirchenleitung über die Gesetzesvorlage zu gewinnen.

¹ Alejandro N. Herrin, *Population Policy in the Philippines 1969-2001* (Discussion Paper Series 2002-2008), Philippine Institute of Development Studies 2002, 13-18, Zugriff vom 9. September 2013, www.dir3.pids.gov.phj/ris/pdf/pidsdps0208.pdf.

² Philippine Daily Inquirer, 20. Dezember 2012, www.newsinfo.inquirer.net/327355/palmapulpit-cant-be-used-against-pro-rh-lawmakers.

³ Social Weather Station, *Third Quarter 2008 Social Weather Survey: 76% Want Family Planning Education in Public Schools; 71% Favor Passage of the Reproduction Health Bill*, 16. Oktober 2008, Zugriff vom 8. September 2013, www.sws.org.ph/pr081016.htm.

⁴ GMA News Online, Manila, 30. November 2010, Zugriff vom 23. September 2013, www.gmanetwork.com/news/story/207185/news/nation/pulse-asia-survey-69-of-filipinos-agree-with-rh-bill.

⁵ Ruperto Alonso u.a., *Catholics Can Support the RH Bill in Good Conscience*, 15. Oktober 2008, Zugriff am 23. September 2013, www.rhbillresourcepage.wordpress.com/2008/10/10/01/book-catholics-can-support-the-rh-bill-in-good-conscience.

⁶ Philippine Daily Inquirer, Manila, 1. Oktober 2010, Zugriff vom 10. Oktober 2013, www.newsinfo.inquirer.net/inquirerheadlines/nation/view/20101001-295320/Aquino-faces-threat-of-excommunication.

⁷ GMA News, Manila, 17. Februar 2011, Zugriff vom 28. Oktober 2013, www.gmanetwork.com/news/story/213281/news/nation/cbcp-official-denies-ban-on-communion-for-rh-supporters.

Aus dem Englischen übersetzt von Dr. Ansgar Ahlbrecht

Der Fall des Bischofs Tebartz-van Elst – Lehren für die Weltkirche?

Johannes Hoffmann

Der Autor stellt die Fakten zur Situation des Bischofs von Limburg, Tebartz-van Elst, anhand von Belegen dar und fragt auf der Basis dieser Fakten, welche Konsequenzen daraus sowohl für die Leitung der Diözese in Limburg zu ziehen sind, als auch welche Folgerungen sich daraus für die Leitungsstrukturen kurialer Institutionen, für die innerkirchliche Kommunikation, für die Rolle der Laien generell und für die Rolle der Frauen in der Kirche insbesondere nahe legen.